

016/2019

1. Februar 2019

Presseinformation

Statement vom Landkreis Hameln-Pyrmont zum Missbrauchsfall Lügde

Zu dem monströsen Missbrauchsfall, der seit über 10 Jahren im Landkreis Lippe passiert, gibt es auch Verbindungen zu unserem Jugendamt. Eine Mutter aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont hat ihr Kind von Geburt an immer wieder bei dem Täter wohnen lassen. Seit 2016 war unser Jugendamt in diesen Fall eingebunden und hat Kind und Mutter begleitet.

Entscheidend war die gute Bindung des Kindes zu dem Pflegevater, sein Einsatz für das Kind und erkennbare deutliche Verbesserungen des Entwicklungszustandes des Kindes, die auch durch Berichte aus den betreuenden Einrichtungen belegt wurden.

Das im Zusammenhang mit diesem Fall vielfach diskutierte Wohnverhältnis ist kein Indiz für Missbrauch, denn der kann hinter jeder Fassade und in jedem Milieu stattfinden. Die Wohnsituation war sicherlich nicht optimal, hat im Vergleich zu einer funktionierenden sozialen Bindung allerdings einen deutlich geringeren Stellenwert und begründet keine Kindeswohlgefährdung.

Wir wissen, dass es schwierig ist, mit dem heutigen Wissen die damals sorgfältig getroffene Entscheidung zu verstehen und das, praktisch ausschlaggebende Aufenthaltsbestimmungsrecht der Mutter zu akzeptieren. Das Kind hat sich in seiner Entwicklung sehr viel positiver dargestellt als vorher, es besuchte die Schule und verschiedene Freizeitaktivitäten.

Deshalb stellen sich alle Beteiligten, die die Situation vor Ort kennen bzw. kannten, das Jugendamt Lippe, die Polizei und das soziale Umfeld die belastende Frage, ob man den Missbrauch hätte sehen müssen. Das geht auch den beteiligten Mitarbeitenden des Landkreises Hameln-Pyrmont nicht anders.

Allerdings ist es jetzt nicht hilfreich, die Schuld beim anderen zu suchen.

Heute wissen wir, dass diese Fassade zur bewussten Manipulation gehörte. Es ist schwer zu ertragen, dass wir sie nicht früher einreißen konnten.

„So absurd es klingen mag, wünschten wir uns fast, es gäbe ein klar benennbares Verschulden. Ob nun bei der einen oder anderen Behörde. Dann hätten wir einen Ansatz in der Arbeit und wüssten, welchen Fehler es zu vermeiden gilt“ so Landrat Tjark Bartels und ergänzt: „ So bleibt das beklemmende Gefühl, dass es wieder passieren kann, wenn wir nicht an anderer Stelle ansetzen. Dazu müssen wir dafür Sorgen, dass die Opfer viel eher aus ihrer schrecklichen Isolierung ausbrechen. Nahezu alle schweren Fälle sind durch die Opfer aufgedeckt worden. Da sind wir nicht gut genug“

Die Ermittlungsbehörden haben ihre Arbeit aufgenommen und untersuchen nicht nur im zuständigen Jugendamt Lippe und bei den beteiligten Dienststellen der Polizei sondern auch im Jugendamt des Landkreises Hameln-Pyrmont, ob ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt.

Wir unterstützen dies und kooperieren in jeder Hinsicht. Unsere vollständigen fallbezogenen Akten und Vorgänge sind der Staatsanwaltschaft bekannt.

Wir bitten um Verständnis dafür, dass dieses rechtstaatliche Verfahren zunächst abzuwarten bleibt und wir uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu spekulativen Schuldzuweisungen äußern werden.

Schon heute steht für Landrat Tjark Bartels fest, aus diesem Fall Konsequenzen zu ziehen. „Es muss eine völlig neue Konzeption entwickelt werden, um es Kindern leichter zu machen, über solche Vorfälle zu sprechen. Ich denke dabei an ein Vorwarnsystem in Kindergärten und Schulen, um Verdachtsmomenten frühzeitig nachgehen zu können“ erklärt Bartels.

Einzelheiten dazu sollen in Kürze öffentlich vorgestellt.

Weitere Informationen:

Sandra Lummitsch
Pressesprecherin
Landkreis Hameln-Pyrmont
fon: 05151/903 9900

e-mail: sandra.lummitsch@hameln-pyrmont.de